Nach Bekanntwerden der Abschlusserklärung des BRICS-Gipfels in Brasilien drohte US-Präsident Trump mit Strafzöllen auf Produkte aus Ländern, die mit der „antiamerikanischen Politik der BRICS übereinstimmen“. Die von ihm betriebene Politik der Einschüchterung, des Unilateralismus und der Kriegstreiberei trägt kaum zur Lösung der komplexen Fragen bei, die in den mehr als 100 von den BRICS-Ländern unterzeichneten Verpflichtungen angesprochen werden. Auch das Ziel der USA, eine unipolare internationale Ordnung unter ihrer Vormundschaft zu etablieren, wird dadurch nicht gestärkt. Die Radikalisierung der Angriffe auf souveräne Entscheidungen – auch von angeblichen Verbündeten – verstärkt nur die Tendenz zur politischen Isolierung der USA und führt zum Verlust von Einfluss und Entscheidungsmacht. Von **Tiago Nogara**.

Nur wenige Stunden, nachdem die Vertreter der in Rio de Janeiro versammelten BRICS-Länder eine neue gemeinsame Erklärung veröffentlicht hatten, in der sie protektionistische Handelsmaßnahmen kritisierten und multilaterale Lösungen für die großen globalen Probleme forderten, reagierte US-Präsident Donald Trump auf seiner Social-Media-Plattform „Truth Social“. Er drohte damit, zusätzliche Zölle in Höhe von zehn Prozent auf Produkte aus Ländern zu erheben, die „mit der antiamerikanischen Politik der BRICS übereinstimmen“.

Laut Trump wird es „keine Ausnahmen von dieser Politik geben“. Dies ist eine klare Demonstration der Feindseligkeit gegenüber der Stärkung der BRICS-Initiativen.

Diese Drohungen sagen nicht nur viel über die außenpolitische Strategie der USA unter Trump aus, sondern auch über den Einfluss, den die BRICS auf der internationalen Bühne erzielt haben.

In den letzten Monaten haben nicht wenige Analysten das Narrativ vertreten, die BRICS hätten an Schwung verloren. Das häufigste Argument ist, dass die jüngste Erweiterung der Mitgliederzahl zwar ihre Breite ausgebaut, aber ihre Fähigkeit, Konsens zu erzielen, geschwächt hat. Ebenso wird argumentiert, dass viele Entwicklungsländer aufgrund der zunehmenden globalen Spannungen und der aggressiveren Haltung der US-Diplomatie die Unterstützung multilateraler Blöcke, die nicht den Interessen Washingtons untergeordnet sind, fürchten.

Am Vorabend des BRICS-Gipfels in Rio de Janeiro überschwemmten große westliche Medien ihre Titelseiten mit dem Hinweis auf die Abwesenheit der Präsidenten Xi Jinping und Wladimir Putin bei dem Treffen. Sie bezeichneten dies als untrügliches Symptom für eine angebliche Schwächung des Blocks.

In Brasilien, dem Gastgeberland, missbrauchten die großen Konzernmedien derartige Thesen tagtäglich, um die anhaltende Propagandawelle gegen die Regierung Lula zu nähren. Das lief bereits als Teil der Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen 2026.

Einige meinten, der Gipfel habe alle Bedingungen für einen Misserfolg, mit hohlen Kommuniqués, die eher Unstimmigkeiten als einen möglichen Konsens unter den Mitgliedstaaten widerspiegeln würden.

Was sich jedoch in Rio de Janeiro ereignete, war ganz anders als von den Propheten des Chaos vorausgesagt. Während dieses 17. hochrangigen Treffens der Staats- und Regierungschefs des Blocks gingen die BRICS-Länder mehr als 120 gemeinsame Verpflichtungen in den Bereichen Global Governance, Finanzen, Gesundheit, Künstliche Intelligenz, Klimawandel und verschiedenen anderen strategischen Themen ein.

Abgesehen von der unbestreitbaren Relevanz dieser Fortschritte zeigte der politische Inhalt der gemeinsamen Erklärung die enorme Artikulations- und Konvergenzfähigkeit des Blocks und brachte die gemeinsame Sorge der Mitgliedsländer angesichts der anhaltenden Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt zum Ausdruck.

In der Erklärung wird die kollektive Besorgnis über den zunehmenden Trend zu steigenden weltweiten Militärausgaben zum Ausdruck gebracht, die zu Lasten einer angemessenen Finanzierung für die Entwicklung der Länder des Globalen Südens gehen. Im Gegensatz zu militaristischen Rufen, die in verschiedenen Machtsphären der Welt ertönen, bekräftigten die BRICS die Verteidigung des Multilateralismus, der nachhaltigen Entwicklung, die Beseitigung von Hunger und Armut sowie den Kampf gegen den Klimawandel als wahre Wege zur Lösung globaler Probleme.

In diesem Sinne wurden auch Schlüsseldokumente wie die Rahmenerklärung der BRICS-Staats- und Regierungschefs zur Klimafinanzierung, die Erklärung zur globalen Governance der Künstlichen Intelligenz sowie die BRICS-Allianz zur Beseitigung sozial bedingter Krankheiten verabschiedet.

Die Welt durchlebt eine Zeit großer Turbulenzen. Militärische Konflikte wie die in Osteuropa und im Nahen Osten wühlen die Gemüter auf, die wiederkehrenden Wirtschaftskrisen führen zu gesellschaftlichen Unmut, und die aggressiven Reden falscher Propheten treiben ganze Länder auf den Irrweg von Krieg und Konfrontation.

Vor fast zwei Jahrzehnten entstanden die BRICS – ursprünglich BRIC – in einem Kontext der Unsicherheit nach der globalen Finanzkrise von 2008. Sie dienten als wichtige Plattform,

um die Forderungen der Entwicklungsländer angesichts der großen Herausforderungen für die Weltordnung zu artikulieren.

Indem sie dem Globalen Süden eine Stimme gaben, wurden sie sowohl für die Stärkung der G20 als auch für die Intensivierung des Nord-Süd-Dialogs bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für die aktuellen Konflikte unverzichtbar. Heute, angesichts sich vertiefender Brüche im sozialen Gefüge und in den globalen multilateralen Strukturen, behaupten sich die BRICS nicht nur als eine erweiterte Plattform für die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, sondern auch als einer der wichtigsten Vorreiter bei der Verteidigung des Multilateralismus auf internationaler Ebene.

Der politische Inhalt der von den BRICS-Mitgliedsländern abgegebenen Erklärungen ist eindeutig: Sie schlagen kollektive und friedliche Lösungen für globale Krisen vor, wobei der Schwerpunkt auf wirtschaftlichen und sozialen Fragen liegt und Kriegshetze sowie geopolitische Interessen außen vor bleiben.

Es ist kein Zufall, dass es ihnen gelingt, Länder mit Staatsoberhäuptern unterschiedlicher politischer und ideologischer Ausrichtung an einen Tisch zu bringen. Diese sind jedoch durch ähnliche Anliegen bei der Suche nach konvergenten Wegen für die Entwicklung ihrer Länder und die Zusammenarbeit zwischen ihren Völkern geeint.

Da die BRICS ihre Initiativen nicht gegen einen bestimmten Block oder ein bestimmtes Land richten, brechen sie mit dem dichotomen Narrativ, das versucht, das bipolare Paradigma des Kalten Krieges wieder aufleben zu lassen. Damit bekräftigen sie ihre volle Komplementarität mit anderen Mechanismen auf der globalen multilateralen Bühne.

Die BRICS stellen sich also nicht als Gegenpol zu den Vereinten Nationen, dem IWF oder der Weltbank dar, sondern als eine Plattform, auf der die Entwicklungsländer zusammenarbeiten und gemeinsame Positionen zur Stärkung des globalen multilateralen Systems als Ganzes anstreben.

Mit seinem Angriff auf die BRICS, ihre Mitglieder und andere Länder, die mit den Initiativen des Blocks sympathisieren, beschuldigt Donald Trump sie, einen „antiamerikanischen“ Block zu bilden, und das geschieht nicht zufällig. Genau auf der Grundlage dieses Narrativs haben die USA und ihre Strategen versucht, verschiedene friedliche multilaterale Kooperationsbemühungen zu unterminieren.

Im konkreten Fall der von China geführten Initiativen werden immer wieder – unbegründete – Vorwürfe der angeblichen „doppelten Nutzung“ (zivil und militärisch) von Infrastrukturen

im Zusammenhang mit der „Belt and Road-Initiative“ erhoben. Gemäß dieser Version stellen chinesische Investitionen eine Bedrohung für die Souveränität von Drittländern und ein Risiko für die Sicherheit der USA dar.

Ebenso halten sich hartnäckig Mythen wie die chinesische „Schuldenfalle“ sowie die angebliche Spionage und politische Einmischung durch chinesische Unternehmen und Projekte, von den 5G-Netzen von Huawei bis zur Expansion von TikTok.

Was jetzt neu zu sein scheint – obwohl es das zweifellos nicht ist –, ist, dass sich der Angriff diesmal nicht nur gegen China richtet, das seit langem als wichtigster „Rivale“ der USA gilt, und auch nicht gegen die Länder, die imperialistische Strategen als „Achse des Bösen“ bezeichnet haben. Er richtet sich gegen einen viel größeren Kreis von Entwicklungsländern. Viele von ihnen zeigen nicht einmal Widersprüche zu den von Washington so hochgehaltenen liberal-demokratischen Strukturen und auch keinen ideologischen Bruch mit dem vorherrschenden Paradigma des westlichen Kapitalismus. Sie üben einfach ihr Recht aus, sich frei an multilateralen Kooperationsinitiativen mit Ländern zu beteiligen, die sich in ähnlichen Konfliktlagen befinden, weil sie gemeinsame Charakteristika als Entwicklungsländer aufweisen. Diese Länder sind Teil dessen, was als „Globaler Süden“ bezeichnet wird.

Indem die USA ihnen mit einer neuen Welle unilateraler Zölle drohen, verurteilen sie nicht das Wachstum der BRICS zum Tode – wie es ihre Absicht zu sein scheint –, sondern ihre eigene Fähigkeit, die Debatten über die notwendige Neuformulierung und Stärkung der internationalen multilateralen Gremien entscheidend zu beeinflussen. Und anders als, Sie vielleicht denken mögen, wird dies mit oder ohne Beteiligung der USA geschehen.

Nach ihrer Erweiterung repräsentieren die BRICS nun gemeinsam mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und mehr als 40 Prozent des globalen BIP, gemessen an der Kaufkraftparität.

Und die Banner der Verteidigung des Multilateralismus, der wirtschaftlichen Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit und der Ablehnung des Militarismus beschränken sich nicht auf das ausschließliche Interesse der BRICS-Länder oder des Globalen Südens insgesamt, denn sie umfassen auch den zum Ausdruck gebrachten Willen breiter Teile der Völker und Regierungen unterschiedlichster Regionen des Planeten.

Daher irren diejenigen, die in der Erweiterung der BRICS einen vermeintlichen Verlust an Zusammenhalt und Geschlossenheit der Gruppe sehen. In Wahrheit handelt es sich um die notwendige Anpassung der Struktur des Blocks an die aktuellen Herausforderungen der

Welt, die die Bildung breiter und heterogener Fronten erfordert, die nach friedlichen Lösungen für die aktuellen internationalen Probleme suchen.

Die von Trump betriebene Politik der Einschüchterung, des Unilateralismus und der Kriegstreiberei trägt kaum zur Lösung der komplexen Fragen bei, die in den über 100 von den BRICS–Ländern in Rio de Janeiro unterzeichneten Verpflichtungen angesprochen werden. Auch das Ziel der USA, eine unipolare internationale Ordnung unter ihrer Vormundschaft zu etablieren, wird dadurch nicht gestärkt.

Denn die Radikalisierung der Angriffe auf souveräne Entscheidungen – auch von angeblichen Verbündeten – verstärkt nur die Tendenz zur politischen Isolierung der USA und führt zu einem Verlust von Einfluss und Entscheidungsgewalt.

Entgegen den Vorhersagen imperiumstreuer Analysten bleiben die BRICS stark und wachsen weiter. Die soliden Worte der Erklärung von Rio de Janeiro festigen nicht nur die Konvergenz des Globalen Südens zugunsten einer multipolaren Ordnung, sondern auch die Bildung einer breiten Vorhut zur Verteidigung des Multilateralismus, des Friedens und der globalen Zusammenarbeit.

Tiago Nogara *aus Brasilien ist Dozent für Globale Studien an der Nankai-Universität in Tianjin, China*

Der Artikel erschien im spanischen Original auf Rebelión – Übersetzung: Marta Andujo.

Titelbild: BRICS-Gipfel 2025 in Rio de Janeiro, 7. Juli 2025. Quelle: Prime Minister’s Office (GODL-India)

Mehr zum Thema:

EU-Kommission fordert Absetzung des Vize-Präsidenten Serbiens wegen Sympathien für BRICS: „Sollte nicht Teil der neuen Regierung sein“

Interview zu Trump, BRICS und Lateinamerika: „Noch nie war die Einheit unseres Kontinents so dringend und notwendig“

Unseren Medien fiel es erkennbar schwer, über den BRICS-Gipfel sachlich zu berichten

Mexiko tritt dem BRICSplus-Verteidigungsbündnis bei – ein Gedankenspiel